

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Sammelnr.: 25 241  
Für die Nachlieferung: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Dezember 1927: bei 10gl. wöchentlichem Abzuge von 1,50 Mk. (Vollbezugspreis für Monat Dezember) 12,00 Mk. (Einschluss des Postgebührens).  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßgabe berechnet für einseitige u. von breite Seite 10 Bsp. für 10 Zeilen u. 10 Bsp. Familienanzeigen und Bekanntheit ohne Rabatt 10 Bsp. außerhalb 15 Bsp. Die w. mm breite Nebenspalte zu 10 Bsp. überhalb 10 Bsp. (Hauptspalte) 10 Bsp. Ausw. Anträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/42  
Druck u. Verlag von Viebig & Reichardt in Dresden  
Vollständig-Konto 1008 Dresden

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. „Dresdner Nachrichten“ wählige Unverlangte Beiträge werden nicht aufbewahrt.

## Hotel Bellevue

An den **Weihnachts-Feiertagen** mittags und abends **Festmenüs**.  
Vornehme Tafelmusik.

Am 2. Feiertag **Gesellschafts-Abend**  
Tischbestellungen gegen vorherige Entnahme von Gedeckkarten

# Poincaré kündigt die Franc-Stabilisierung an

## Die Lage der französischen Industrie. — Günstige Außenhandelsbilanz.

### Die Entschädigung der ehemaligen französischen Kriegsgefangenen.

Paris, 23. Dezember. Im Verlaufe der Senatsdebatte über das Einnahmehaushalt im Senat entwickelte sich gestern Abend eine Aussprache über die Entschädigung der ehemaligen französischen Kriegsgefangenen in Deutschland. Finanzminister Marin erklärte, unter den von Deutschland wieder gut zu machenden Schäden seien nach dem Versailler Vertrag auch die jetzigen einbezogen, die sich aus der mangelhaften Ernährung der Gefangenen in Deutschland ergeben hätten. Die Regierung schlage nun für dieses Budgetjahr die Ausweisung einer Summe von fünf Millionen vor, wobei eine Gesamtsumme von 50 Millionen, verteilt auf sieben bis acht Jahre, im ganzen hierfür einzustellen wären. Ministerpräsident Poincaré pflichtete der Summe von fünf Millionen für dieses Budgetjahr bei. Der Berichterstatter, Senator Chéron, widersetzte sich im Namen des Finanzkommissiones unter Hinweis, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen eine volle Wiedergutmachung von 600 bis 700 Millionen wünschten. Ein diesbezüglicher Artikel, den die Regierung annahm, der aber vom Finanzausschuß des Senats verworfen wurde, wurde in der Abstimmung nicht angenommen.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort, um zu der Behauptung Stellung zu nehmen, daß Frankreich unter einer industriellen Krise leide. Er leugne diese Krise nicht, aber sie sei nicht eine Folge der Politik des „Kabinetts der nationalen Einigung“, sondern das schon alte Uebel, das man zu heilen hätte. Man habe unter einem Regime der Währungsunsicherheit geliebt. Die französische Währung sei beinahe auf Null gefallen, während die französische Industrie auf dem Weltmarkt eine tragereiche Prosperität genossen habe, die an dem Tage zusammenbrechen mußte, an dem die Lage wieder normal wurde. Daher mache man jetzt eine Krisenperiode, das heißt eine Periode der Anpassung durch. Es gebe aber schon jetzt beruhigende Symptome. Die französische Handelsbilanz sei günstig und sei es das ganze Jahr über gewesen. Der Exportüberschuß erlaube die Annahme, daß Frankreich endgültig seine Währungsankern könne. Die endgültige Währungsankernung sei in der Tat durch die Aufrechterhaltung einer günstigen Handelsbilanz bedingt. Man dürfe also nicht klagen und nicht zu schwarz sehen.

Der Senat verabschiedete dann später mit 271 gegen 17 Stimmen das Budget für 1928.

### Wille französische Pressehefte.

Paris, 23. Dezember. Je näher die französischen Wahlen rücken, um so aufgeregter gebären sich die Organe der französischen Nationalisten. Dies trifft besonders auf das Blatt „L'Action“, den „Avenir“ zu, der sich in seinem heutigen Vortragsstück mit der Demarche des Botschaftsrats nicht wegen des Hindenburg-Plakats und dem Schritt des deutschen Konsuls in Genf gegen das „Journal de Genève“ und die „La Suisse“ wegen der von diesen Blättern gebrachten Kommentare zur Verhütung Noeiers bzw. eines Interviews von Karl Merens beschäftigt. Das Blatt stellt dabei die freche Behauptung auf, die deutsche Diplomatie benimmt sich in Paris genau so unverschämte wie in Genf. Das Blatt schließt mit dem Vermerk, die Franzosen könnten sich über den Mikariff des deutschen Konsuls in Genf freuen, denn dadurch seien den Schweizern die Augen geöffnet worden und auch sie hätten die Gefahr erbliebt, die der Schweiz ebenso wie Frankreich drohe, ein Palastbau Deutschlands zu werden. Nur Frankreich könne die Schweizer Neutralität garantieren. (17)

### Neue Beurteilung Jörn v. Bulachs.

Paris, 23. Dez. Wie dem „Veit Journal“ aus Straßburg berichtet wird, wurde dort in einem vom Kriegsministerium gegen Baron Claus Jörn v. Bulach angestrengten Prozeß wegen „Verleumdung“ der Gen-

darmerte das Urteil gefällt. Baron Claus Jörn v. Bulach hatte für einen klassischen Melodistischen Variet ergriffen, gegen den, da er sich angeblich im Zustand der Trunkenheit befand, die Gendarmerie einschreiten wollte. Baron Claus Jörn v. Bulach, der zum Prozeß nicht erschienen war, wurde zu 15 Tagen Gefängnis und 25 Franken Geldstrafe verurteilt.

### Kein Weihnachtsurlaub der Reichsminister

(Trautmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 23. Dezember. Das Reichskabinett war auch heute wieder verammelt, und es heißt, daß es auch noch morgen eine Sitzung abhalten wird. Einen Weihnachtsurlaub nehmen die Reichsminister entgegen anderweitigen Meldungen nicht. Nur Reichswehrminister Dr. Gessler und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns werden Berlin auf einige Tage verlassen. Die übrigen bleiben in Berlin.

Der Reichshaushalt für 1928 geht dem Reichstag voraussichtlich noch heute zu.

### Ein Wahlblock der Reichsopposition?

Berlin, 23. Dezember. Die Deutsch-völkische Freiheitspartei teilt mit: eine Reihe vaterländischer und völkischer Verbände und Gruppen erkenne die Schaffung eines überparteilichen vaterländischen Blockes der Opposition gegen die Erfüllung- und Entwaffnungspolitik an und habe deshalb die Gründung eines solchen Blockes am 22. Dezember 1927 beschlossen. Die Gründungsverammlung finde am 22. Januar in Berlin statt.

## Der Thermometer-Sprung nach oben.

### Abnorme Wärme in Westdeutschland.

Glattfeld-Tyfer. — Die Lage des Eisenbahnverkehrs.  
Berlin, 23. Dezember. Die Glattfeldbildung in den Straßen Berlins hielt bis in die heutigen Morgenstunden an. Während der Straßenbahnverkehr infolge ausgiebiger Salzstreuung wenig behindert war, war der Autobusverkehr teilweise vollständig lahmgelegt. Besonders unter dem Glattfeld zu leiden hatten die Fußgänger. Ein sicheres Anzeichen war ganz unmissbar. Man konnte nur gähnelnd sich vorwärtsbewegen. Hund M Personen mußten mit Anochen rücken und schwereren Verletzungen den Rettungskraften zugeführt werden. In einem Fall waren die Verletzungen so hart, daß die Ueberführung ins Krankenhaus notwendig war. Erst im Laufe des Vormittags, in der Innenstadt etwas früher, taute das Eis bei der zunehmenden Erwärmung und verwandelte die Straßen Berlins in ein Meer von Schlamm und Schlamm.

Winnen 48 Stunden ist die Temperatur nimmere um 30 Grad gestiegen. Während in der Nacht zum Mittwoch in der Umgegend Berlins — 24 Grad gemessen wurden, ist heute die Temperatur bis + 6 Grad gestiegen. In Westdeutschland ist nach der abnormen Kälte eine für diese Zeit ganz abnorme Wärme eingetreten. Die Rhein-egend meldet 10 Grad Wärme. Auch in Hannover herrscht die gleiche Temperatur. In Süddeutschland zeigt das Thermometer 5 Grad Wärme. Nur in Ostpreußen herrschen noch einige Kältegrade.

Giesberg, 23. Dez. Im Riesengebirge waren heute früh im Tale und in den Vorbergen 1 bis 4 Grad Wärme. Auf dem Ramm waren noch 4 Grad Kälte. Im Westen des Hochgebirges hat es auch geschneit, in den Vorbergen, besonders in Bräunberg, Strichwelle geregnet.

### Der Stahlhelm zur Wiking-Affäre.

Die Pressestelle des Stahlhelms teilt mit: Der in der Wiking-Affäre genannte Major a. D. Ritter ist niemals Mitglied des Bundesvorstandes des Stahlhelms gewesen, sondern lediglich Angehöriger des Bundesamtes, aus dem er am 30. Juni 1927 ausgeschieden ist.

### Sowjet-Protest in Sachen Süchina.

#### Ein geharnischtes Schreiben Tschischerins.

Moskau, 23. Dezember. Die Presse veröffentlicht eine von Tschischerin unterzeichnete Erklärung des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, in der zunächst die Mitschuld Russlands an den Vorgängen in China bestritten wird. Sodann beschäftigte sich die Erklärung mit dem Verhalten der gegenrevolutionären chinesischen Generale, denen der Vorwurf gemacht wird, sie seien „mit besonderer Gehässigkeit“ gegen die im Kanton weilenden Sowjetbürger vorgegangen. Wie die Erklärung weiter festhält, beschränkte sich die Verantwortung für die Taten der Kantoner Generale nicht auf diese und nicht bloß auf Kanton, sondern sie falle allen führenden Persönlichkeiten in im Gebiete der sogenannten Nationalregierungen zu. Auch andere „sowjetfeindliche Kräfte der Weltreaktion“ seien verantwortlich.

Ganz unzweifelhaft seien ferner Anregungen aus London gekommen, die sogar bei der Entsefung der Regentfrage eine fast entscheidende Rolle gespielt hätten. Aber, so fährt die Erklärung fort, das Andenken an die von den Unterdrückern des chinesischen Volkes hingemorbeten Sowjetfreunde werde die mit Blut zusammengeschweißten Völker der beiden großen Staaten nur noch fester verknüpfen. Die Sowjetunion lege ihre Friedenspolitik fort, wie der Abrüstungsvorschlag auf der Genfer Konferenz beweise.

### Die Regentchaftsfrage in Rumänien.

#### Eine Kampferklärung Manius.

Paris, 23. Dezember. Der Führer der Rumänischen Bauernpartei, Maniu, erklärte unter anderem: Die Regentchaft, die im Namen des Königs spricht, muß über den Parteien stehen, aber tatsächlich sollen wir fest, daß die Regentchaft König Ferdinands, der ein absoluter Monarch war, nachahmt und die Liberalen begünstigt. Wenn wir eine derartige Behandlung von dem verstorbenen König gebildet haben, so darum, weil er der Schöpfer Großrumaniens gewesen ist. Aber es ist sicher, daß wir sie uns nicht von einer Regentchaft gefallen lassen. Bekanntlich sind wir entschlossen, die Regierung Bratianus ohne Vorbehalt zu bekämpfen. Wenn die legalen Mittel nicht genügen, dann werden wir zu allen anderen Mitteln greifen. Auf die Frage, was eintreten werde, wenn die Regenten die Warnungen der Bauernpartei unbeachtet ließen, erklärte Maniu: „Ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß wir uns in einem solchen Fall vollkommen frei betrachten, wenn wir es für richtig erachten, an den Prinzen Carol zu appellieren oder die Republik einzusetzen.“ (27)

### Anglo-französische Demarche in Kowno.

Paris, 23. Dezember. Wie der „Matin“ aus Riga zu melden weiß, haben der französische und der englische Gesandte gestern in Kowno eine kollektive Demarche unternommen, um gegen die „tendenziöse Auslegung“ der Genfer Beschlüsse durch den litauischen Ministerpräsidenten Wolbemas Protest einzulegen. Sie hätten im Namen ihrer Regierungen betont, daß die Genfer Friedensformel für den Konflikt zwischen Litauen und Polen in keiner Weise die Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Lituafrage annulliert und aufgehoben hätte.

Die Luftlinie über Weihnachten fast ausverkauft. Nach einer Mitteilung der Deutschen Luftlinie war die Nachfrage nach Flugtickets für die Tage vor und nach Weihnachten so rege, daß auf fast sämtlichen Strecken die in den Ausflugszeugen verfügbaren Plätze vergeben wurden.